

Sehnsucht nach dem besseren Mann

In der Krise brachial: Putin verkörperte lange zugleich Zuverlässigkeit und Strenge. Doch seine Politik der Maskulinität stößt jetzt an Grenzen.

Von Jan Arend

Er soll „nicht trinken, nicht rauchen und seiner Frau immer Blumen schenken, den Lohn nach Hause bringen und die Schwiegermutter „Mama“ nennen“. Der sowjetische Schlager „Meine Freundinnen sind längst unter der Haube“ von 1986 handelt von einer jungen Frau, die „noch immer von einem Prinzen träumt“. Das oft im sowjetischen Rundfunk gespielte Lied der populären Sängerin Jekaterina Semjonowa legte nahe, dass solche Männer in der Sowjetunion selten waren.

Im Jahr 2002, der Sowjetstaat war längst Geschichte, hatte sich daran anscheinend wenig geändert. Dies implizierte ein damals in Russland erscheinender Popsong des bis dahin unbekannteren Mädchentrios „Pojuschtschije wmostje“ (Die zusammen Singenden). Das unverkennbar an „Meine Freundinnen sind längst unter der Haube“ anknüpfende Lied ist die vertonte Klage einer jungen Frau, die ihren Freund verlassen hat, weil er „ständig Mist baut“, sich prügelt und Drogen konsumiert. Sie wünscht sich einen Mann, der gesund lebt, voller Kraft ist, die Partnerin nicht beleidigt und auch nicht wegrennt. Diese Frau träumte jedoch – anders als im Schlager von 1986 – nicht von einem Prinzen. Vielmehr hatte es ihr ein Präsident angetan: „Ich will“, bekennt sie, „so einen wie Putin.“

Der damals seit zwei Jahren als Staatschef amtierende Wladimir Putin verkörperte in dem Song einen zuverlässigen und galanten Partner, bei dem sich Frau sicher fühlen kann – gerade weil er ganz anders ist als der gewöhnliche russische Mann. Der Song, bekannt unter dem Titel „Einer wie Putin“, erfreute sich im Russland der frühen Nullerjahre großer Beliebtheit. Obwohl der aus der Feder des Liedermachers und Musikproduzenten Alexander Jelin stammende Text satirisch gemeint war, wurde er mehrheitlich für bare Münze genommen: Die meisten russischen Zuhörer verstanden ihn als authentisches musikalisches Bekenntnis zu einem jung und attraktiv wirkenden Präsidenten mit starken Zustimmungswerten. Die Wirkung des Songs blieb auch Putins Beratern nicht verborgen. 2004, im Vorfeld der Wahlen, in denen sich Putin um eine zweite Amtszeit bewarb, nahmen sie das Lied in ihre Kampagne auf. Für viele Russinnen und Russen wurde „Einer wie Putin“ zu einem gänzlich unironischen Wahlkampfhit.

Wie rückte Putin an die Stelle jenes „Prinzen“, den die Sängerin Semjonowa in ihrem spätsowjetischen Schlager besang? Und was können wir daraus lernen über Putins Aufstieg, sein Regime und auch über das durch den Vernichtungskrieg in der Ukraine gekennzeichnete Kapitel seiner Herrschaft – mitsamt der jüngsten Wendung, der Kurzzeit-Revolution des Jewgenij Prigoschin? Tatsächlich kann eine Beschäftigung mit dem geschichtlichen Kontext der Lieder helfen, die Karriere und den sich gegenwärtig als Möglichkeit andeutenden Niedergang Putins zu verstehen. Beide Stücke handeln von russischen Männern, die fremdgehen, zu Aggression und Brutalität neigen, als Familienväter unzuverlässig sind, trinken und generell als „nutzlos“ erscheinen. Sie handeln von der Sehnsucht nach anderen, besseren Männern. Damit bringen beide Lieder das Gefühl zum Ausdruck, das Land erlebe eine „Männerkrise“. Krisenwahrnehmungen dieser Art waren sowohl in der Sowjetunion als auch im postsozialistischen Russland weit verbreitet.

Wollen wir Putins Aufstieg zu einem von breiten Schichten getragenen Präsidenten verstehen, so lohnt es sich, diese „Männerkrise“ näher zu betrachten. Seit Putin Ende der Neunzigerjahre auf höchster politischer Bühne in Erscheinung trat, bediente er nämlich die Sehnsucht nach einer anderen Männlichkeit. Selten wurde das Maskuline so gezielt und systematisch im politischen Raum in Szene gesetzt wie im Falle Putins. Dabei trat er als Mann mit zwei Gesichtern in Erscheinung: Zum einen präsentierte sich Putin als verlässlicher, disziplinierter und sportlicher Präsident, der im Alter von knapp fünfzig Jahren jugendlich wirkte. Hier dominierte das Bild einer kultivierten Maskulinität – eines Mannes, „der die Schwiegermutter Mama nennt“. Zum anderen inszenierte sich Putin aber auch schon früh als einen „machoiden strongman“, der – für den „richtigen“ Zweck – zu Gewaltanwendung fähig ist und auch die Sprache der Straße spricht. Als im Spätsommer 1999 bei Sprengstoffanschlägen auf Wohnhäuser zahlreiche Menschen starben, drohte Putin tschetschenischen Separatisten, die er für die Attentate verantwortlich machte, man werde sie „notfalls im Scheißhaus kaltmachen“. Indem Putin in seiner Männlichkeitsperformance zwischen diesen beiden Polen – hier Kul-



Komm, tanz mit mir: Präsident Putin lässt gegenüber der acht Jahre alten Raisa aus Dagestan seinen Charme spielen.

Foto AFP

tiviertheit und Disziplin, dort das Unbändige und Rohe – schwankte, konnte er ein ganzes Spektrum von (teils widersprüchlichen) Sehnsüchten bedienen.

Beunruhigungen über eine Männerkrise taten sich schon in der Sowjetunion der späten Fünfzigerjahre kund. In dem offeneren gesellschaftlichen Diskussionsklima, das im Zuge der Entstalinisierung unter Nikita Chruschtschow entstand, entfaltete sich eine Debatte über die Defizite sowjetischer Männer im Privat- und Familienleben. Dabei meldeten sich Parteikommunisten ebenso zu Wort wie Erzieher, Pädagogen und engagierte Sowjetbürger. Typisch war etwa die Äußerung eines Schuldirektors aus der süd-russischen Stadt Rostow am Don, der 1959 in der Zeitschrift „Familie und Schule“ über „schlechte Väter“ klagte: Er sprach von Schürzenjägern, die ihre Familien zerstörten, um „zutiefst egoistische“ Bedürfnisse zu befriedigen, und von Männern, die das Familiengeld verprassten, ihre Frauen beleidigten und die Kinder schlugen.

Ähnliche Debatten fanden in der Zeit zwischen den Sechziger- und Achtzigerjahren eine Fortsetzung, wobei neben das Motiv einer moralischen Krise der Männer verstärkt auch eine Kritik an männlichem Gesundheitsverhalten trat. Dabei ging es nicht nur um das Rauchen und Trinken, sondern auch um eine spezifische des sowjetischen Männern zugeschriebene Neigung zu Risikoverhalten: Der sowjetische Gesundheitsexperte Boris Ulanis sprach 1978 von Arbeitsunfällen als einem „traurigen Privileg sowjetischer Männer“. Noch lauter wurde der Krisendiskurs, als Gorbatschow unter dem Schlagwort der Glasnost (Publizität) die Zensur lockerte und eine weitgehend offene Debatte gesellschaftlicher Probleme möglich wurde. Nun trat zutage, dass die Rede von der Krise der Männer teils auf realen Problemlagen beruhte.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschärfen sich viele der schon im Spätsowjetismus sichtbaren Probleme, die zudem vermehrt im Licht einer oftmals skandalisierenden Berichterstattung durch die freie Presse standen. Ein vorherrschendes Thema wurden in den durch einen massiven Einbruch der Wirtschaft geprägten Neunzigerjahren männliche Transformationsverlierer, jene Männer also, die schlecht mit den neuen marktwirtschaftlichen Verhältnissen zu recht kamen und der Rolle als Familienernährer nicht gerecht wurden. Unübersehbar war zudem die bedrohte Gesundheit des postsozialistischen Mannes. Lag die männliche Lebenserwartung in den spätsowjetischen Dekaden bereits bei im internationalen Vergleich niedrigen 63 Jahren, so fiel sie zwischen 1990 und 1995 auf einen dramatischen Tiefstand von 58,1 Jahren. Die große Differenz zur Lebenserwartung russischer Frauen (71,6 Jahre) erklärt sich unter anderem dadurch, dass Männer überproportional häufig eines unnatürlichen Todes (durch Unfall, Mord, Suizid) starben.

Während die Gesundheitsfachleute vor diesem Hintergrund einen alarmier-

ten Tonfall anschlugen, zeigte sich in der russischen Populärkultur ein ambivalentes Bild. So wurde im boomenden Genre der postsozialistischen Thriller- und Actionfilme männliche Gewalt verherrlicht: Die rohe Brutalität von Männern war ein allgegenwärtiges Phänomen auf russischen Kinoleinwänden wie auch in der gleichfalls Rekordauflagen erzielenden seichten Unterhaltungsliteratur. Kam hier eine diffuse Faszination für die Erotik des Machohaften zum Ausdruck, so wuchs auch im politischen Bereich die Sehnsucht nach „männlicher“ Führung. Jelzin, der zu Beginn seiner Amtszeit als jugendlicher Reformator aufgetreten war, der sich den Kräften des Ancien Régime entschlossen entgegenstellte, wirkte Ende der Neunzigerjahre in seiner öffentlichen Erscheinung wie ein Paradebeispiel jener männlichen Defizitgestalten, von denen der Krisendiskurs handelte. Schlaf, aufgedunsen und alkoholisiert gab der herzkranken Präsident in den Augen zahlreicher Beobachter ein Bild der Disziplinlosigkeit und Schwäche ab. Dazu passte, dass Jelzin für viele Russinnen und Russen mittlerweile für eine kraftlose Außenpolitik stand: Der westlichen Beratern hörige Präsident, so das Narrativ, habe russische Interessen verraten und den Niedergang des Landes als Großmacht befördert.

Putins politischer Aufstieg vom Vizebürgermeister von Sankt Petersburg zum Premierminister unter Jelzin fiel in die zweite Hälfte der Neunzigerjahre. Zwischen seinem Erfolg und der zeitgenössischen Männerkrise bestand, wie die amerikanische Historikerin Amy E. Randall überzeugend argumentiert, ein Zusammenhang. Zwar erklärten sich die hohen Beliebtheitswerte, die Putin als Präsident vom März 2000 an erreichte, nicht zuletzt ökonomisch. In Putins ersten beiden Amtszeiten erholte sich die russische Wirtschaft und wuchs (nicht zuletzt dank hoher Weltmarktpreise für Öl und Gas) kontinuierlich. Hinzu kam, dass es Putin mit einer Law-and-order-Politik gelang, die grassierende Kriminalität und die Revierkämpfe der Oligarchen einzudämmen. Zu einer für viele Russinnen und Russen überzeugenden Politikerpersönlichkeit wurde er aber nicht zuletzt, weil er in seiner Selbstinszenierung als Mann wie eine Antwort auf die vielgestaltige russische Männerkrise auftrat. Zum einen präsentierte sich der russische Präsident als Gegenbild zu jenen alkoholisierten und gewalttätigen Schürzenjägern, die die Gesundheits-, Kriminalitäts- und Ehescheidungsstatistik bevölkerten. Zum anderen bediente er die Sehnsucht nach einem starken Führer, nach einer Politik „männlicher“ Stärke, die für die nationalen Interessen einsteht. Statt an seinem Vorgänger Jelzin orientierte sich Putin in seiner Männlichkeitsperformance an Herrscherfiguren, die für Tatkraft, imperiale Größe und väterliche Strenge standen, an Zaren wie Peter dem Großen sowie im Lauf der Zeit auch an der großen „Vaterfigur“ Stalin.

Die Männlichkeitsperformance ist im Falle von Putin ein professionelles Handwerk, mit dem sich ein Apparat von Politologen beschäftigt. Seit Mitte der Nullerjahre verbreiteten sich jene bekannten Bilder, die den Präsidenten mit nacktem Oberkörper auf dem Rücken eines Pferdes oder bei der Wildtierjagd zeigten. Putin trägt hier Züge einer politischen Kunstfigur, die unter Zuhilfenahme von Meinungsumfragen mit Blick auf poten-

tielle Wählergruppen kreiert wurde. Das von einem Wahlkampfmanager des Präsidenten so bezeichnete „Projekt Putin“ beruhte auf der Schaffung einer männlichen Ikonographie, die die Liebhaber der Macho-Thriller ebenso ansprach wie die „Schwiegermütter“ aus dem spätsowjetischen Schlager.

Auch im Konflikt mit der Ukraine nutzt Putin die (Bild-)Sprache der Männlichkeit. Die in den USA lehrende Politikwissenschaftlerin Valerie Sperling hat nachgezeichnet, dass der russische Präsident in diesem Kontext auf ein Auftreten setzt, das Gewaltbereitschaft suggeriert. Dazu gehören auch die Feminisierung und Sexualisierung des Feindes. Am 7. Februar 2022 sagte Putin auf einer Pressekonferenz in Moskau in Richtung der Ukraine: „Ob es dir gefällt oder nicht, du musst dich fügen, meine Schöne.“ In diesen Worten, mit denen Putin die Einhaltung des (für ihn zu diesem Zeitpunkt in Wahrheit längst obsoleten) Minsker Abkommens anmahnte, schwang mehr als nur eine Ahnung von sexueller Gewalt mit. Gute zwei Wochen später, am 24. Februar 2022, wurde die hier angeordnete Vergewaltigung real vollzogen.

Die Großinvasion führte – anders als die Annexion der Krim sechs Jahre zuvor – nicht zu einem Anstieg der Putin-Begeisterung in Russland. Dies hat natürlich mit dem aus Krim-Sicht enttäuschenden Verlauf der sogenannten Spezialoperation zu tun und den für die Russen spürbaren Auswirkungen der Sanktionen. Aber auch Putins „Männlichkeitspolitik“ kann zu einer Erklärung beitragen. Putins Erfolg beruhte lange Zeit nicht zuletzt darauf, dass er seine männliche Politik glaubhaft verkörperte konnte. Der lange jugendlich und spätere männlich-reif wirkende Körper des Herrschers, sein Narrativ und sein politisches Handeln bildeten eine für viele Russinnen und Russen überzeugende Einheit. In der Gegenwart widersetzt sich Putins alternativer Körper zunehmend dieser Inszenierung: Der Präsident hat ein großväterliches Stadium erreicht.

Dass Putins Männlichkeitsinszenierung kaum noch funktioniert, wurde während des aktuellen Aufstandes durch den Chef der Wagner-Gruppe Prigoschin besonders deutlich. Mit Prigoschin hat Putin sich einen Gegner herangezogen, der Männlichkeitsbilder ebenfalls gezielt einsetzt. Prigoschin ist ein Medienprofil, der sich in seinen Videobotschaften als frontnaher Anführer inszeniert und dabei auf eine brachial-kriegerische Maskulinität setzt. Während Putin in seinen besten Zeiten zwischen „Mama“ und „Scheißhaus“ ein ganzes Spektrum von Männlichkeiten bezielen konnte, beschränkt Prigoschin sich auf die Rolle als rücksichtsloser Haudrauf. In den Bildern, die das Kurzzeitduell zwischen beiden Männern schuf, trat die Differenz offen zutage. Während Putin als wächserngeschlechtslos wirkende Gestalt eine staatstragende Rede hielt, zeigte sich Prigoschin im Zentrum des kämpferischen Geschehens, umringt von „Kameraden“. Wenn es jemandem in dieser Auseinandersetzung gelungen ist, aus einer Männlichkeitsinszenierung Kapital zu schlagen, dann war es Prigoschin. Putin ist diese Quelle der Macht kaum mehr zugänglich.

Jan Arend ist Osteuropahistoriker an der Universität Tübingen.

Die Lehre der Paulskirche als Playmobil-Miniatur

Was hält Demokratien am Leben, wenn allerorts von deren Niedergang die Rede ist? Von Till van Rahden

Kaum hatte Bundespräsident Gustav Heinemann dafür plädiert, die Erinnerung an die Geschichte der Freiheitsbewegung zu pflegen, warnte Theodor Schieder im Februar 1970, wer die „revolutionäre Tradition“ beschwöre, gefährde „leicht den demokratischen Staat“. Die Erinnerung an die Revolution, so einer der einflussreichsten Historiker seiner Zeit, schwäche die parlamentarische Demokratie. Heute stellt sich die Situation genau andersherum dar: Im Schloss Philippsruhe in Hanau präsentiert die hessische Landesregierung ein Playmobil-Diorama zu „175 Jahre Paulskirche“. Die „Familienausstellung“ ist eine von vielen Veranstaltungen, die an die Revolution erinnern.

Die Rede vom Niedergang der Demokratie ist allgegenwärtig. Woche für Woche erscheinen Bücher, die fragen, wie Demokratien degenerieren und sterben. Auf 1848 blicken wir zurück, weil wir nach Antworten auf die Krise der Demokratie suchen. Dass die Vergangenheit Lehren für unsere Gegenwart bereithält, ist ein Irrglaube, dem gerade Historiker und Bundespräsidenten gerne erliegen. Doch wenn wir die gegenwärtige Schwäche der Demokratie vor allem als Krise ihrer sozialen und kulturellen Voraussetzungen begreifen, rückt das „tolle Jahr“ der Revolution näher, als es uns lange war.

Die Expertenkommission Paulskirche hatte kürzlich betont, die Demokratie sei nicht nur eine Herrschafts-, sondern auch eine Lebensform, eine Formulierung, die erst um 1940 gängig wurde. Doch inwiefern kann der Begriff der demokratischen Lebensformen das Verständnis der Revolution verändern?

Als Fanny Lewald am 28. Februar 1848 nach Bremen reiste, fühlte sie sich „in eine neue Welt voll Wunder versetzt“. Kaum hatte ihr Dampfschiff in der Hansestadt angelegt, trat „uns Doktor Andree mit einem Zeitungsblatte in der Hand entgegen“, so Lewald: „Louis Philipp [sic]! Ist geflohen! Die Republik ist proklamiert ...! Und hier, lesen Sie!“ – „Unter den Namen der provisorischen Regierung“ stand: „Albert, ovurri!“

Als Frau besaß Lewald weder aktives noch passives Wahlrecht, wegen ihrer jüdischen Herkunft lebte sie mit antijüdischen Ressentiments, und trotz ihrer bürgerlichen Stellung sympathisierte sie mit Albert, dem Arbeiter. Lewalds Interesse galt dem Volk auf der Straße, Frauen und Juden, drei Gruppen, die mit der Revolution die Bühne betreten und seitdem nicht mehr verlassen haben.

Kaum waren die Barrikadenkämpfe beendet, entfaltete sich eine demokratische Stimmung. Ende März reiste Lewald nach Berlin. Die „veränderte Physiognomie“ steche hervor, schrieb sie am 11. April: „Als wir in der Nacht vom 1. April“ am Kriegsministerium in der Leipziger Straße vorüberkamen, vor dem „zwei Studenten mit rothen Mützen Wache hielten, die ihre Cigarren rauchten, glaubte ich wirklich zu träumen“. Verwundert habe sie gesehen, dass „keine Gardeoffiziere, bei Kranzler Eis essend, ihre Füße über das Eisengitter des Balkons streckten“. Stattdessen würden überall „unzensurierte Zeitungsblätter und Plakate, ja selbst Zigarren verkauft“, während vorher „das Rauchen auf der Straße bei 2 Thlr. Strafe verboten“ war.

Die verlockender das Gleichheitsversprechen klang, desto augenfälliger war, dass Frauen hierbei nicht gemeint waren. Trotzdem prägte ihre Präsenz in der Paulskirche das Bild der Nationalversammlung. Das war gewollt: Die Damengalerie machte augenscheinlich, dass sich die Abgeordneten in ihren Reden an die bürgerliche Öffentlichkeit insgesamt wandten. Auf der Galerie saß auch Lewald. „Wir waren in der Paulskirche“, „Das Gebäude ist gar nicht kirchlich“, schrieb sie am 13. Oktober. „An der Stelle der Kanzel und des Altars ist die Präsidententribüne aufgerichtet. Mir fielen ... Herwegh's vielgescholtene Worte ein: ‚Reißt die Kreuze aus der Erde! – Hier ist es zum Besten eines volkstümlichen Zweckes geschehen und die deutschen Fahnen flattern, wo sonst das Bild des Gekreuzigten hing.“

Irritiert war Lewald von Heinrich von Gagern, dem Präsidenten des Parlaments. Er schwinde „seine Klingel mit solcher Leidenschaft“, dass „man fürchten konnte, er werde sie wie ein Würfgeschöß unter die tobende Versammlung schleudern“. Ihre Sympathien gehörten dagegen Eduard Simson, der wie Lewald aus einer Königsberger jüdischen Familie stammte, und besonders Gabriel Riesser. „Arbeitsfreude, Geist, Offenheit und die reinste Güte leuchten aus jedem Zuge seines Gesichts“, wenn Riesser

sprach. Für den „unermüdeten Verfechter der Judenemancipation“ müsse es „ein befriedigendes Gefühl“ sein, dass „zwei Juden als Vizepräsidenten“ der Nationalversammlung vorstehen.

In Lewalds Porträt klingen zwei Themen an. Zentral für die Debatte über die Grundrechte war die Frage der Gleichstellung der Juden. Zugleich beteiligten sich während der Revolution mehr Juden am öffentlichen Streit als je zuvor. Statt sich dulden zu lassen, wollten sie den Staat mitgestalten. Als die Paulskirche Ende August 1848 die Gleichstellung der Juden erörterte, gab Riesser der Debatte die entscheidende Wendung. Es war sein Verdienst, dass die Verfassung vom März 1849 die „Glaubens- und Gewissensfreiheit“ garantierte und festhielt, dass „das religiöse Bekenntniß“ den „Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt“. Mit dem Prinzip der Gleichheit sei es unvereinbar, betonte Riesser, wenn eine „von Haß und Verachtung erfüllte Majorität“ Ausnahme Gesetze „zum Nachteil der Minorität“ erlasse.

Doch führt die Rede von „demokratischen Lebensformen“ nicht zu einem anachronistischen Verständnis der Revolution von 1848? Der Blick in die zeitgenössische Publizistik zeigt, dass während der Revolution Begriffe wie „Demokratie“, „Freiheit“ oder „Tugend“ ebenso allgegenwärtig wie umstritten waren. Bereits 1848 stand die Frage im Raum, ob ein demokratischer Staat nicht spezifische Lebensformen voraussetze. Dafür steht etwa eine Fahnenscheibe der Turner, über die die „Mainzer Zeitung“ am 17. August 1848 berichtete. Die Feier im Akademiesaal des Schlosses stehe für eine Idee des Volkes, „die nicht Stand, nicht Alter, nicht Geschlecht ausschließen will von dem heiligen Bunde der Freiheit“.

Für die Turner antwortete Ludwig Bamberg, ein junger jüdischer Anwalt, der seit Mai die Revolution für die radikal-demokratische „Mainzer Zeitung“ kommentierte. Er sehe die Fahne als „Zeichen eines Bundes“. Dessen Inhalt sei „die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben“. In einer Demokratie nehme das bürgerliche Zusammenleben zunehmend die Form „des freispieldenden Triebes“ an. Die Demokratie müsse in allen Lebensbereichen ihre „Wurzel einschlagen“, sodass sie schließlich „zur Gewohnheit“ werde, die wie die Religion das „menschliche Dasein“ präge.

Demokratie „fällt nicht vom Himmel“, hat die Frankfurter Kulturdezernentin Ina Hartwig kürzlich betont. Doch woher kommt sie dann? Was macht die Demokratie möglich, und was hält sie am Leben? Wie fühlt sich das Zusammenleben von Freien und Gleichen an? Sucht man im Jahr 1848 nach Antworten, ist das Bild widersprüchlich. Gemessen an ihren Zielen, erreichte die Revolution wenig. Die Deutschen seien, sagte sich Lewald, „wie ungeübte Ballspieler, die den Ball, welcher ihnen fast von selbst in die Hand flog, vor Freude über das Glück fallen lassen“, statt fest „zuzugreifen“.

Vielleicht lohnt es sich, Bambergers Überlegung aufzugreifen, dass die Demokratie zur Gewohnheit werden müsse. Der Begriff der Demokratie als Lebensform schärft den Sinn für ihre sozialen und kulturellen Voraussetzungen. Die Verfassungsordnung mag noch so gelungen sein, ohne demokratische Erfahrungen geht sie ein. Kein Staat kann demokratische Lebensformen garantieren, aber er kann sie pflegen. Zwar sind gerade in einem Staat der Freien und Gleichen Konflikte über Fragen der Moral eine Zumutung. Doch wer ein Gemeinwesen will, in dem alle ohne Angst verschieden sein können, wird den Streit nicht fürchten.

Nichts ist strittiger als „demokratische Werte“. Wer betont, dass die Demokratie auf dem Konsens beruht, übersieht, dass gerade aus der Zwietschkeit demokratische Formen des Zusammenlebens hervorgehen. Ob aber der Streit den Hass nährt oder die Demokratie immer aufs Neue belebt, ist eine Frage der Lebensformen. Bereits Fanny Lewald wusste: Demokraten fallen ebenso wenig vom Himmel wie geschickte Ballspieler. Umso mehr gilt es, jene Räume zu erhalten und jene Umgangsformen zu pflegen, die es uns ermöglichen, das demokratische Zusammenleben auszuhalten.

Till van Rahden ist Professor für Deutschland- und Europastudien an der Université de Montréal. Zuletzt veröffentlichte er „Vielheit. Jüdische Geschichte und die Ambivalenzen des Universalismus“ (Hamburger Edition, 2022).

Badenweiler Literaturtage

Die von Rüdiger Safranski seit dem Jahr 2012 kuratierten und moderierten Badenweiler Literaturtage finden in diesem Jahr zum zehnten Mal statt: vom 5. bis zum 8. Oktober im Garten-

saal des Kurhauses der Stadt. Die Besetzung ist jubiläumsgerecht: Bernhard Schlink bestreitet den Auftakt, Martin Mosebach das Finale, und dazwischen treten Felicitas Hoppe, Ulrike Draesner, Irina Klimnik und Jo Lendle auf. Eine Filmkino- und ein Literaturgottesdienst runden das Programm ab, das diesmal unter dem Motto „Familienbande“ steht. F.A.Z.